

Michael Kruse: Wirtschaft und Digitalisierung für Deutschland – unser Weg

Unser Land steht nach einem Jahr verfehlter Pandemiepolitik am Rande der Erschöpfung. Die wirtschaftspolitischen Folgen der Lockdown-Politik sind immens und werden durch das langsame Herauskommen noch verschärft.



Die Krise trifft das Rückgrat der deutschen Wirtschaft besonders hart: Selbständige, Kleine und mittlere Unternehmen. Vor allem auch diejenigen, die die Welt so sehen, wie wir; die für sich und für andere seit Jahrzehnten Verantwortung übernehmen. Menschen, die nie vom Staat abhängig sein wollten und nun um ihre Existenz fürchten. Der Mittelstand steht vor einer nie dagewesenen Herausforderung. Um die deutsche Wirtschaft schnell wieder in Gang zu bringen, brauchen wir eine Mischung kurz- und langfristiger wirtschaftspolitischer Maßnahmen.

Die Corona-Krise ist eine große Krise für die Wirtschaft, sie ist vor allem eine Krise der mangelnden Digitalität: Wer digital aufgestellt war oder es schnell werden konnte, ist meist gut durch die Krise gekommen. Wer es nicht war und ist, hat verloren. Das zeigt: Die Krise hat einen Erneuerungsprozess gestartet und ohnehin vorhandenen strukturellen Wandel beschleunigt.

Deswegen ist klar: Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die Deutschland ergreift, müssen den Wandel zu neuen Strukturen unterstützen. Die Ausrichtung der deutschen Wirtschaft auf digitale Geschäftsmodelle steht dabei im Zentrum. Notwendig dafür ist eine neue Innovationsbereitschaft in Deutschland.

Für die Branchen, die vom Dauerlockdown im Winter betroffen waren, muss Politik ihre Versprechen halten: Unternehmen dürfen nicht in Existenznot geraten, weil Politik ihr Geschäft lange einschränkt. Öffnungsperspektiven und verlässliche Rahmenbedingungen, zum Beispiel für Außengastronomie im Sommer, sind ebenso wichtig wie die kurzfristige unbürokratische Hilfen ohne monatelange Bürokratiepflichten. Solo-Selbständige, Kreative, Gastronomie, Beherbergungswirtschaft, stationärer Handel, Körperpflegedienstleistungen und andere Lockdown-Verlierer brauchen gesellschaftliche Unterstützung, um auch morgen noch gute Arbeitgeber, Mitarbeiter, Dienstleister und Stützen unserer Gesellschaft zu sein.

Unternehmen durch die Krise bringen

1. November-, Dezember-Hilfen und alle weitere Programme müssen schnell und unbürokratisch ausgezahlt werden. Ein Wechsel auf die Auszahlung über die Finanzämter empfiehlt sich, um Bürokratie zu vermeiden.
2. Politische Zusage einhalten: Selbständige, kleine und mittlere Unternehmen dürfen nicht vor den Scherben Ihrer Existenz stehen, weil sie Verantwortung übernommen haben. Verantwortungsträger dürfen nicht die großen Verlierer dieser Krise sein.
3. Alles auf Impfen: Der Impfstau muss reduziert werden, die Erstimpfung muss so früh wie möglich erfolgen, Menschen in Berufen, die einem hohen Risiko ausgesetzt sind, etwa weil sie an einer Supermarktkasse arbeiten, und viele Kontakte haben, müssen umgehend geimpft werden.
4. Die Kosten für Tests, Hygienevorsorge und andere Schutzmaßnahmen müssen für Unternehmen vollständig steuerlich absetzbar sein. Best-Practice-Beispiele sollten über die Kammern verbreitet werden, um bürokratischen Aufwand in Unternehmen gering zu halten.
5. Im Sommer werden Veranstaltungen im Freien unter Einhaltung von Hygienevorschriften auch dann möglich sein, wenn die Durchimpfung der Bevölkerung noch nicht vollständig abgeschlossen ist. Politik muss der Veranstaltungsbranche einen verlässlichen Rahmen bieten, in dem im Sommer 2021 Veranstaltungen möglich sind.

Ein wirtschaftspolitisches Update für Deutschland

Deutschland – Investitionen in Innovationen



Deutschland braucht Investitionen und Innovation, um die Transformation zu wissensbasierten und hochtechnologischen, digitalisierten Geschäftsmodellen optimal zu gestalten. Daneben ist eine Kraftanstrengung für die Digitalisierung der staatlichen Verwaltung erforderlich.

1. Um von staatlicher Seite genug für Investitionen zu tun, ist eine 25 %-Quote für Investitionen im Bundeshaushalt erforderlich.
2. Investitionen müssen auch ankommen: Staatliche Investitionsförderungen kommen immer häufiger nicht mehr an, deswegen brauchen wir eine vereinfachte Verwaltungsstruktur. Mittel für den Digitalpakt oder zur Förderung von Projekten mit künstlicher Intelligenz werden nur zu Bruchteilen abgerufen – hier muss Tempo vor Perfektion gehen.
3. Deutschland braucht ein Ministerium, das für Digitalisierung zuständig ist. Es muss wichtiger sein, als andere Ministerien, zum Beispiel, weil es an das Bundesfinanzministerium geknüpft ist. Digitalisierung der Verwaltung muss von der Option zur Pflicht werden.
4. Um mehr Gründergeschichten in Branchen wie der Biotechnologie zu erleben, sollten Versicherungsfonds zwei Prozent ihrer Mittel in Bereiche mit höherem Risiko investieren dürfen. Das würde innovative Branchen fördern und Gründungswillige nach Deutschland holen. Dadurch entstehen Innovationen und Jobs.
5. Ausgaben für Forschung und Entwicklung müssen voll abzugsfähig sein bei der Steuer.
6. Wer Mitarbeiter beteiligen möchte an seinem Unternehmen, sollte davon einen Vorteil haben. Diese Beteiligung sollte erst beim Verkauf besteuert werden. So werden Start-ups attraktiver und der Wechsel in junge, innovative Unternehmen interessanter.
7. Digitale Kompetenzen entscheiden die Zukunft – deswegen brauchen wir gut ausgebildete Informatiker. Streichungen von Studienplätzen - und Professuren, wie jetzt in Hamburg, müssen gestoppt werden.
8. Kritisches Denken ist die Basis für Innovationen. Deswegen muss der Zusammenhang von Kreativität und Unternehmertum stärker herausgearbeitet werden, zum Beispiel im Schulunterricht. Dafür hilft ein Schulfach Wirtschaft. Informatik muss an Schulen verpflichtend gelehrt werden. Bereits an Schulen sollten Maker-Spaces eingerichtet werden, an denen junge, gründungswillige Schülerinnen und Schüler sich ausprobieren können.

Bürokratie: Fällt aus

1. Der deutsche Staat lähmt Unternehmen und Menschen mit einer überbordenden Bürokratie. Wir wollen einen Maßnahmenkatalog von 100 Bürokratiehürden vorlegen, die wir abbauen wollen. Von der Limitierung über die Höhe der Home-Office Pauschale, den Arbeitnehmer-Pauschbetrag oder die komplizierte Berechnung ein Sonderausgabenabzug von Kinderbetreuung: Das Gegenteil von gut ist gut gemeint. Deshalb wollen wir komplizierte Bürokratie abbauen.
2. Die Statistikpflichten für Unternehmen sind nirgends umfangreicher als in Deutschland. Sie müssen drastisch reduziert werden. Keine Statistik soll mehr von Unternehmen abgefragt werden, für deren Bearbeitung Hilfe, wie etwa von Steuerberatern, notwendig ist.

3. Für alle Empfänger von Hilfgeldern während des Corona-Lockdowns entfallen in den Jahren 2021 und 2022 Prüfungen von Künstlersozialkasse und Sozialversicherungsprüfungen. Sie sollen sich auf ihren Geschäftszweck fokussieren und die Verluste und Verdienstaufschläge schnellstmöglich kompensieren können.
4. Gewinne in der üblichen Höhe der Vorjahre werden mit Vorjahresverlusten verrechnet.
5. „Staatsmodernisierung“ bedeutet die Freiheit, dass der Staat Sachverhalte auch nicht reguliert. Wir wollen prüfen, in welchen Bereichen staatliche Regulierung nicht zum Erfolg geführt hat und sie abschaffen.

Steuern: Der Staat lässt Menschen und Unternehmen aus der Krise kommen – mit ausreichend Liquidität

1. Eine negative Gewinnsteuer ermöglicht die Verrechnung von Gewinnen mit Pandemieverlusten. Als Bemessungsgrundlage dient der letzte Steuerbescheid. In einem zweiten Schritt soll eine deutlich erweiterte Verlustverrechnung mit Gewinnen vergangener oder künftiger Jahre eingeführt werden. Damit sorgen wir in wirtschaftlichen Krisenzeiten für schnelle und unbürokratische Hilfen und verhindern unnötige Jobverluste und Insolvenzen.
2. Die Sozialversicherungspflicht fällt zukünftig wieder im Folgemonat an – das schafft Liquidität für Unternehmen und schafft Freiräume in Branchen, die sich in der Krise befinden. Ein Vorteil dieser Maßnahme: Der Staat muss sich dafür nicht weiter verschulden.
3. Die Unternehmensbesteuerung soll auf den Durchschnitt der OECD geführt werden (25 %).
4. Wir wollen keine Mehrbelastung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und diejenigen, die Arbeitsplätze schaffen.
5. Wir wollen den Mittelstandsbauch abflachen und die Entwicklung des Einkommensteuertarifs an die Inflation anpassen, damit der Staat bei Inflationsanpassungen des Gehalts nicht immer automatisch höhere Einkommensanteile erhält.
6. Wir wollen die Doppelbesteuerung privater Renten abschaffen – das ist nur fair für Menschen, die für ihr Alter vorsorgen.
7. Das Bundesmodell für die Grundsteuer ist für Regionen, die bereits hohe Wohnkosten haben, völlig ungeeignet. Die Grundsteuer muss gesenkt werden, damit der Staat die Wohnkosten nicht noch mehr verteuert.
8. Die Schuldenbremse hat weiter Bestand.

Ein neuer Impuls für den Freihandel

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass internationale Lieferketten gut funktionieren haben. Es wird deshalb Zeit, das Vertrauen in die westliche Wertegemeinschaft weiter auszubauen und dem Freihandel einen neuen Impuls zu verleihen. Das gilt für die Ratifizierung des CETA-Abkommens, aber auch für ein Abkommen mit den USA. Welthafenstädte wie Hamburg wissen, dass internationales Vertrauen auch internationalen Wohlstand schafft. Unser Ziel ist es, einen transatlantischen Wirtschaftsraum mit Freihandel zu schaffen. Die Häfen im Norden Deutschlands haben gezeigt, welche wichtige Rolle sie in Pandemiezeiten spielen. Ihre

Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Häfen der Nordrange müssen deshalb abgebaut werden.

Michael Kruse

FDP-Landesvorsitzender in Hamburg,
FDP-Spitzenkandidat in Hamburg für die Wahlen zum 20. Deutschen Bundestag.